

Die "Volkswacht" erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Braunerstr. 5/6, durch die Post und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 20 Pf., pro Woche 20 Pf., Postzeitungsliste Nr. 8170.

Volkswacht

für Schlesien Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Subskriptionspreis: Derzeit für die nächsten 12 Monate 20 Pfennige, für Berlin und Bestimmungsorten 30 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 98.

Dienstag, den 28. April 1903.

14 Jahrgang

Die Reichsschulden.

Die französische Kriegsschuldabfertigung ermöglichte dem Reich in den ersten Jahren seines Bestehens, trotz hoher Ausgaben, besonders für militärischen Zwecke, ohne Schulden auszukommen. Das ging so bis 1876. Von da ab hat das Schuldenwesen aber geradezu erschreckende Fortschritte gemacht, wie aus folgender Tabelle zu ersehen ist:

Am 31. März	Stand der Reichsschulden.	In 1000 Mk.
1877		16,300
1878		72, 04
1879		155,861
1880		218,058
1881		267,787
1882		319,239
1883		348,952
1884		373,125
1885		410,000
1886		440,000
1887		486,201
1888	(Regierungsantritt Wilhelms II)	721,000
1889		883,756
1890		1.117,982
1891		1.317,798
1892		1.685,567
1893		1.745,843
1894		1.915,715
1895		2.081,220
1896		2.125,255
1897		2.141,242
1898		2.182,247
1899		2.222,951
1900		2.298,500
1901		2.315,650
1902 (Ende September)		2.628,618

Dazu kommen noch 120 Millionen Mark unverzinsliche Reichskassenscheine.

Für die Verzinsung der Reichsschulden mußten in den Jahren 1898 bis 1902 aufgewendet werden: 72, 75, 79, 88, 93 Millionen Mark.

Insgesamt hat das deutsche Volk für diese Verzinsung bisher rund 120 Millionen Mark aufzuwenden gehabt. Diese Riesensumme stellt Arbeit dar, die das Volk für die geldgebenden Kapitalisten zu leisten gehabt hat.

Erst durch ein Gesetz von 1897 sind die bis dahin 4 prozentigen Reichsschulden in 3 1/2 prozentige umgewandelt (konvertiert) worden, wodurch sofort 2 1/2 Millionen jährlich gespart wurden. Die von den Sozialdemokraten verlangte Erniedrigung der Verzinsung sämtlicher Reichsschulden auf 3 Prozent — wodurch nochmals erhebliche Beiträge gespart worden wären — wurde im Interesse der Kapitalisten abgelehnt und im Gegenteil beschlossen, daß die 3 1/2 prozent. Schulden nicht vor 1905 auf einen niedrigeren Zinsfuß gebracht werden dürfen. Der neu zu wählende Reichstag wird sich voraussichtlich auch mit der Frage einer Konversion der 3 1/2 prozent. Reichsschulden zu befassen haben.

Eine Heerschan.

Mit großem Interesse wird stets den Jahresabschlüssen der deutschen Gewerkschaften entgegengesehen. In ganz besonderem Grade nehmen dieses Interesse jedoch die Abschlüsse für das Jahr 1902 in Anspruch, das noch als eines der schlimmsten Krisenjahre betrachtet werden darf. Es war die Verfüchtung weit verbreitet, die Gewerkschaften würden unter der Einwirkung der Krise einen bedeutenden Rückschlag erleiden oder doch wenigstens stagnieren. Nichts davon ist eingetroffen; mit großer Befriedigung kann schon jetzt festgestellt werden, daß nicht nur kein Rückgang der Mitgliederzahl im allgemeinen eingetreten ist, sondern daß noch ein bedeutender Fortschritt erzielt wurde. Die Holzarbeiter-Zeitung berechnete kürzlich nach Schätzungen und auf Grund von bereits vorliegenden Jahresabrechnungen mehrerer Gewerkschaften, daß die Mitgliederzunahme zusammen zirka 36,000 betrage. Diese Zahl wird jedoch bedeutend überschritten allein durch die überraschende und unerwartete Zunahme, die der Deutsche Metallarbeiter-Verband aufzuweisen hat, für den die Holzarbeiter-Zeitung eine Steigerung von 10,000 in Rechnung stellte. Nach der nunmehr vorliegenden Jahresabrechnung betrug die Mitgliederzahl des Metallarbeiter-Verbandes Ende 1902 nicht weniger als 128,842, darunter 3453 weibliche. Das bedeutet gegen 1901 mit 102,905 Mitgliedern, darunter 2460 weibliche, eine Zunahme von 25937. Daran partizipieren, was uns bemerkenswert erscheint, alle im Verband vertretenen Branchen, die Arbeiterinnen mit 993. Der Metallarbeiter-Verband hat somit im Jahre 1902 die absolut höchste Steigerung seiner Mitgliederzahl seit seinem Bestehen zu verzeichnen. Die frühere höchste Steigerung fand vom Jahre 1895 auf 1896 mit 16,765 Mitgliedern statt.

Die erhöhte Mitgliederzahl des Metallarbeiter-Verbandes findet natürlich auch ihren Ausdruck im Kassenwesen. Die Abrechnung bilanziert mit 2,246,022.11 Mk. (1901: 1,880,995.61 Mk.). Die Einnahmen setzen sich in den Hauptposten zusammen aus 678,588.44 Mark Vermögensbestand aus dem Vorjahr, 34,684.40 Mk. (19,833.00) an Beitragsgeldern, 1,175,194.70 Mk. (1,253,062.70) an Beiträgen und 57,408.58 Mk. an Diverse. Die ungünstigen Erwerbsverhältnisse, unter denen besonders die Metallarbeiter zu leiden hatten, verursachten eine bedeutende Steigerung der Ausgaben für Unterstüzungen. Es wurden verausgabt für:

	1902	1901
Reisegehalt	Mk.	Mk.
Arbeitslosenunterstützung	135,226.24	108,325.19
Streikunterstützung	366,034.12	311,949.07
Beforderte Notfälle	419,750.01	197,181.09
	62,344.27	56,685.58
Zusammen	987,354.64	674,440.92

Die Ausgaben für diese vier Unterstüzungsarten allein betragen gegen 1901 ein Mehr von 312,913.71 Mk. Mit der Summe von 987,354.64 Mk. sind jedoch die Leistungen des Verbandes für Unterstüzungen nicht erschöpft, denn aus den Ortsvereinsvermögen überwiesenen Beiträgen (292,554.43 Mk.) und aus Sammelgeldern sind noch große Summen dafür ausbezahlt worden. Wurden doch allein in Berlin an Streik-

und Maßregelungsunterstützung außer den in der Hauptkassenabrechnung aufgeführten 164,217.30 Mk. noch 74,355.65 Mk. geleistet. An weiteren Ausgaben sind zu verzeichnen: Für Agitation 52,635.70 Mk., in Posten, der sich, wie der Fortschritt des Verbandes zeigt, vortrefflich rentierte, aber den Scharmachern umso schwerer im Wagen liegen wird; das Verbandsorgan, das jedes Mitglied unentgeltlich erhält, beanspruchte einen Kostenaufwand von 94,259.21 Mk.; für Rechtschutz wurden 12,372.68 Mk. geleistet; an die Generalkommission wurden 10,804.00 Mk. abgeführt; die Verwaltungskosten betragen 53,200.54 Mk. Der gesamte Vermögensstand am 31. Dezember 1902 war 702,938.87 Mk.

Der Rechnungsabluß zeigt, daß der Metallarbeiter-Verband seiner Aufgabe, die Lage der Metallarbeiter zu verbessern und Verschlechterungen zu bekämpfen, nach besten Kräften gerecht zu werden sucht. Der rapide Mitgliederzuwachs — seit 1. Januar hat der Verband schon wieder um 12 000 zugenommen — ist nur eine Befestigung dafür, daß er immer größeres Vertrauen unter den Berufsangehörigen erobert, wozu vorzugsweise seine guten Unterstüzungs-Einrichtungen beitragen. Wenn die Verbandslitung bestrebt ist, das Unterstüzungsweisen zu vervollkommen, so zieht sie nur die Konsequenzen aus den bisher auf diesem Gebiet gemachten Erfahrungen. Den Metallarbeitern, die dem Deutschen Metallarbeiter-Verband noch fernstehen, kann kein besserer Rat erteilt werden, als sich demselben unverzüglich anzuschließen. Die Metallarbeiter müssen für die weiteren unausbleiblichen Kämpfe, die sie zur Verteidigung ihrer Interessen zu führen haben, gerüstet sein. Das beste Rüstzeug ist eine gute Organisation. Deshalb: Schließt die Phalanx in dichten Reihen!

Politische Uebersicht.

Von den schlichten Männern. Aus Baden meldet die „Mannheimer Volksstimme“ folgende interessanten Einzelheiten von der Kandidatenauswahl:

Der Appell des Kaisers, bei der Auswahl der Kandidaten auch den „schlichten Mann aus der Werkstatt“ zu berücksichtigen, hat bei unseren bürgerlichen Gegnern nicht die geringste Beachtung gefunden: kein einziger Arbeiter, ja selbst nicht einmal ein Vertreter des werktätigen Mittelstandes, ein Handwerker, Kleinrentner oder kleiner Bauer, ist unter den etwa 35 bürgerlichen Kandidaten zu entdecken. Dagegen befinden sich darunter:

- 8 Staatsbeamte (je ein Landeskommissar, Finanzrat, Staatsanwalt, Schuldirektor, Gymnasialprofessor, Amts- und Landgerichtsdirektor, Oberamtmann),
- 8 Advokaten,
- 7 Grundbesitzer,
- 4 Fabrikanten,
- 3 Katholische Geistliche,
- 2 Kommerzienräte.

Unter den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei dagegen ist das handarbeitende Element verhältnismäßig sehr stark vertreten: 6 derselben sind noch heute in Industrie und Handwerk tätig (je 1 Zimmerer, Metallarbeiter, Holzschneider, Feilenhauer, Malermeister, Schuhmachermeister), weitere 5 sind ehemalige Handarbeiter (jezt als Kaufmann, Redakteur, Expedient, Verbandsbeamter, gealtert tätig) sodas nur drei unserer Kandidaten nicht den eigentlichen handarbeitenden Berufs angehören: je ein Apotheker, Buchdruckerbesitzer und Privatier.

Der bei unsern Gegnern so beliebte Vorwurf, die

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Haas.

„Wir suchen unser Recht beim allergnädigsten Landesherren“, sagte er.
„Das wird Euch auch sicherlich werden“, antwortete der Statvorstand. „Wir sind immer für das Recht. Aber Ihr werdet müde und hungrig sein.“
„Ja, ja!“ scholl es aus dem Haufen.
„Die Stadt“, fuhr der Bürgermeister fort, „wird Euch bewirten, zum Zeichen dessen, daß Stadt und Land einig sind im Kampf ums Recht.“
Der Hinterhofbauer kratzte sich verlegen hinter dem Ohr; dann meinte er:
„Wir sollten doch lieber erst vor das Schloß ziehen und die Sach mit den Feudalrechten in Ordnung bringen.“
„Ihr werdet doch einen Jubel und einen Schind Bier nicht verschmähen!“ entgegnete der Bürgermeister, und damit hatte er es bei der Partei der Bauern ganz entschieden gewonnen. Unsonst betonten noch einige der Bauern, man solle seine Geschäfte erst abmachen — der ganze Schwarm folgte jubelnd dem Bürgermeister auf den Marktplatz, wo Fische und Bänke aufgestellt waren und wo man Bier und Bratwürste haben konnte, so viel man wollte.
Das war ein Fest für die armen Bauernlein, denen die adeligen Schnappphäre seit Menschengebenten jeden guten Bissen hinwegschnappt hatten und die sich so oft mit trockenem Brot und trockenem Kartoffeln hatten begnügen müssen.
Was war doch der alte Hinterhofbauer für ein dummes Kerl! Das Bier und die Bratwürst, alles unsonst, das war doch das Beste, was man bis jetzt von der ganzen Revolution hatte! Nein, da ließ man sich nicht zurückhalten. In dem Fürsten konnte man nachher noch gehen.
Ein eifriges Schmausen und Reden ging los; behäbige Bürger kamen und tranken mit den Bauern und waru ein Herz und eine Seele mit ihnen, und gegen Abend dachten die Bauern nicht mehr an den Fürsten. Viele lagen betrunken auf dem Markte. Die anderen aechten und schmauseten eifrig weiter.
Es begann zu dunkeln und die Bauern zogen sich nach und nach in die Wirtschaften zurück, wo sie von den „guten Bürger“ freigehalten wurden. Währenddessen traten in einem Hinterstübchen des Gasthofes „zum Ritter“ eine Anzahl Männer zusammen, die den „besseren Ständen“ angehörten. Der Bürgermeister, der Ministerial-Sekretär Ragenmayer, der Hofbankier Wölling, der uns schon be-

konnte Krafftmeier und andere Leute vor „Bildung und Verstand“ erschienen hier.
„Doktor Haasgropf ist ganz mit Ihnen einverstanden“, sagte der buckelige Ministerialsekretär. „Die Koffern müssen so bald als möglich hinaus; sie bringen sonst die Stadt in Aufruhr.“
„Aber wie!“ sagte Wölling ängstlich.
„Ich habe schon eine Anzahl von Leiterwagen in Bereitschaft gestellt“, sagte der Bürgermeister. „Auf diesen werden die Besonnenen nach Hause gefahren. Den anderen, die noch wütend sind, wird heute Abend verkündigt, der Fürst werde ihre Forderungen in Erwägung ziehen und das Vorgefallene solle vergessen sein.“
„Aber, werden die Bauern dann ruhig bleiben?“ warf Wölling ein.
„In der Nacht kommt Militär. Wenn die Kassen oder das häßliche Gefindel dann morgen revolutionen wollen, so wird man ihnen mit blanken Bohnen schon wieder die nötige Verunft beibringen. Die Aufheber und die Wähler unter den verdammten Demokraten aber wird man dann am Schopfe nehmen und nach Gebühr bestrafen.“
So hatte der Ministerial-Sekretär Ragenmayer mit der ganzen Zudersicht des künftigen Staatsmannes gesprochen.
Man verpflichtete sich, über die Heranziehung von Militär zu schweigen, dagegen unter den Bauern eifrigst zu wirken, ihnen die Abschaffung der Feudallasten als sicher darzustellen und sie so zur Heimkehr zu bewegen.
Zur selben Zeit begannen die Bürger nach dem Gasthaus „zum schwarzen Bären“ zu strömen, wo die Deputat on, die Vormittags beim Fürsten gewesen, Bericht erstatten sollte. Der geräumige Saal füllte sich früh, Bürger, Handwerksmeister und Handwerksgehilfen und Bauern, unter den letzteren viele Betrunkene und Angetrunkene, fanden sich zahlreich ein.
Die Versammlung war anfangs ziemlich ruhig. Behäbige Bürger traten auf und erzählten, daß Serenissimus die Forderungen des Volkes freundlich aufgenommen und das bestimmte Versprechen gegeben habe, sie in Erwägung zu ziehen. Es könne gar nicht fehlen, sagte der Hauptredner, man müsse nur dem angestammten Landesherren zu seinen hochherzigen Entschlüssen einige Zeit lassen.
Die Versammlung schien von diesen Mitteilungen nicht befriedigt. Als noch der Redner damit schloß, daß jetzt jedermann sein Teil zur Aufrechterhaltung der Ordnung beitragen, im übrigen aber ruhig an seine Geschäfte gehen möge, da gab es Unruhe.
Alle Behäbigen katzen Beifall, bei den Kleinbürgern und Arbeitern aber vernahm man Wutreden und Schreien, und als ein Regierungsrat von der Pflicht der Dankbarkeit sprach, die man gegenüber einem so gnädigen Landesfürsten zu erfüllen habe, da gab es

ganz impertinente Zwischenrufe, wie „Unfuss“ oder „dummes Zeug“ oder „Schnabel halten!“ Als der Herr Regierungsrat gar zu „etwas mehr Untertanenbewußtsein“ ermahnte, da gab es einen Tumult, daß er nicht weiter sprechen konnte.
„Der Geist der Zuchtlosigkeit greift immer mehr um sich“, sprach ernst der Polizeikommissar Wunderlich zu dem Altuar Wohlgenuth.
„Sehr bedenklich!“ nickte dieser.
„Es sollte aber noch bedenklicher werden. Denn nun erschien der Lehrer Thiel auf der Rednerbühne. Man wußte schon, wie er dem Fürsten gegenübergetreten war; darum empfing ihn ein beaufendes Hoch.
„Deutsche Männer“, sprach Thiel, „wir wollen heute nicht viel reden, sondern handeln!“
„Jawohl“, rief es von allen Seiten.
„Ich nehme kein Blatt vor den Mund“, rief er, „das hab' ich auch im Fürstenschloße nicht getan. Die Herren, die Euch einschläfern wollen, meinen es nicht gut. Mit unbestimmten Versprechungen ist nichts erreicht. Was heißt „in Erwägung ziehen“? Die ganze Sache auf die lange Bank schieben.“
„Jawohl! Jawohl!“
„Das können wir uns nicht gefallen lassen. Der Völkerruf ist angebrochen und der Hauch der Freiheit weht durch ganz Deutschland. Sollen wir allein zurückbleiben, wo überall das Volk seine Freiheit fordert und gewährt erhält?“
„Nein! Nein!“ hallte es tausendstimmig dem Redner entgegen.
„Darum“, fuhr er fort, „laßt uns nicht säumen. Unsere Brüder vom Land e sind auch gekommen, die alten Lasten abzurütteln und die alten Ketten zu brechen; Stadt und Land haben sich verbündet. Nehmet sie gastlich auf, die wackeren Landleute, damit sie noch verweilen; wir wollen aller Welt zeigen, daß unser Volk in sich einig ist. Morgen früh in den Vormittagsstunden möge sich alles Volk auf dem Marktplatz versammeln; die Geschäftsleute und Gewerbetreibenden müssen ihren Leuten den Tag zeigen um der großen Sache willen. Dann ziehen wir in Massen vor das Schloß und fordern die sofortige Gemäßung unsrer Forderungen, was wir dem Fürsten unterbreitet haben. Morgen Vormittag müssen wir Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Volksbewaffnung und allgemeines Wahlrecht haben.“
„Und öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren!“ rief eine Stimme.
„Jawohl!“
„Und ein Arbeiter...“
„... es ein Arbeiter.“

Sozialdemokratie verleugne in ihren Vertretern den Charakter der Arbeiterpartei, trifft also für die Liste der sozialistischen Reichstagskandidaten Vabens ebensowenig wie wo anders zu.

Wichtig rumsort es in der Süddeutschen Volkspartei gegen Eugen Richter und die verräterischen Freisinnigen. Am Sonntag fand in Bruchsal der Parteitag der süddeutschen Demokraten statt, über welchen die „Frankf. Ztg.“ u. a. berichtet:

„Der Parteitag der Deutschen Volkspartei war aus allen Landesteilen gut besucht, Landtagsabgeordneter Hoffmann wurde zum Vorsitzenden gewählt, nachdem Professor Heimbürger die Versammlung begrüßt hatte. Heimbürger erläuterte den Parteibericht unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zu anderen Parteien, das durch die politische Lage eine Veränderung erfahren hat. **Recht unerfreulich sei die Stellung der Freisinnigen Volkspartei, die in Baden den Streit den Demokraten aufstrotzt habe durch ihre bedauerliche Wahlstrategie, die lediglich der Reaktion diene.** Das Zentrum sei so unzuverlässig geworden wie die Nationalliberalen. Kupfer und Benedy variieren mit großer Schärfe dasselbe Thema. Letzterer beantwortet eine gewisse Revision des deutsch-volksparteilichen Verhältnisses im Reichstag zur Freisinnigen Volkspartei durch **Aufhebung des gemeinschaftlichen Fraktionsverhältnisses.**“

Eugen Richter wird sich über die Feindschaft der Demokraten nicht grämen, er hat ja als Ersatz die Liebe der Junker und der Schwarzen.

Für die Massenverbreitung der bekannten Bürgerlichen Sozialistenblätter betreiben die Scharfmacher wieder einmal Geld zusammen. Bisher sind die Kosten für zwei Millionen der Umirungsperimeterin gedeckt. Da aber jeder der 8 1/2 Millionen deutschen Wähler ein Exemplar erhalten soll, so müssen noch die Gelder für den Druck von 6 Millionen Broschüren aufgebracht werden! — Unsere Genossen sehen aus diesen riesigen Anstrengungen, daß es eifrige Wahlarbeit gilt!

Was ist ultramontan? Da diese Frage angeht die Wahlen wieder sehr oft aufgeworfen wird, lohnt es sich vielleicht, die Antwort wiederzugeben, die im Jahre 1901 der Münchener katholische Stadtpfarrer Franz Glaser im gut katholischen „Bayerischen Kurier“ darauf gab. Das genannte bayerische Zentrumsblatt schrieb:

„Ein Ultramontaner ist ein zur Hölle und Verdammnis gehender Reaktionsär, ein Charakter allerdingst Sorte, der unter dem Vorzeichen, der heiligen Sache zu dienen, unehelichen Leidenschaften dient. **Politik und Religion miteinander verknüpft und viele Menschen vom Religionsbegriffen abhüllt, die, wenn die Ultramontanen nicht ihr Unwesen trieben, der Religion vielen Nutzen bringen würden.**“

Wir bescheiden uns bei dieser sachverständigen Antwort.

Der Reichstag war am Montag ganz ausnehmend schlecht besucht; die Parlamentarier der Neuzeit lieben den blauen Montag beinahe noch brünstiger, denn die vielverbläuten Gesellen des Mittelalters. Die ersten Punkte der Tagesordnung wurden in liegender Eile erledigt. Das Marine-Luftschloß fand ein trocknes Grab im Papierforde; es wurde nicht einmal einer weiteren Debatte gewürdigt. — **Recht ausgiebig gestaltete sich die Fortsetzung der zweiten Lesung der Krankenkassen-Novelle.** Beim § 26 a legte es fast unvermutet eine äußerst heftige Kertze-Debatte. Am Dienstag soll die zweite Lesung der Krankenkassen-Novelle zu Ende geführt werden; außerdem steht die ultramontane Gleichbehandlung-Interpellation auf der Tagesordnung.

Geiz über die Landesstraßen in Preußen. Das vom 14. April d. J. datierte Geiz über die Landesstraßen in Preußen wird jetzt im „Reichsanz.“ veröffentlicht. Es findet fortan bei dem Ableben des Königs, der Königin und einer vermittelnden Königin von Preußen eine Landesstraßen nach folgenden Bestimmungen statt:

- § 1. Die Straßen der Kirchen werden Mittags von 12 bis 1 Uhr 14 Tage lang gesperrt.
- § 2. Öffentliche Märkte, sowie öffentliche Feiern und Schaulustvorstellungen sind vier Tage lang vom Straßenverkehr ausgeschlossen; es sind am Tage der Beisetzung anzustellen.
- § 3. Wer den Bestimmungen dieses Geizes zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe von 15 bis 150 Mk. bestraft.
- § 4. Dieses Geiz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Die Allerhöchste Kabinettsordre vom 25. November 1893, betreffend das Trauergebot vom 7. Oktober 1797, und die bisher in Kraft gebliebenen Vorschriften des letzteren werden aufgehoben.

Zogar Herr Stöcker huldigt dem sozialdemokratischen Grundgesetz „Trennung der Kirche vom Staat“. Er läßt sich in einer Epistel über das Jesuitengezetz wie folgt vernehmen: „Ueberdies ist es meine allgemeine Überzeugung, daß wir in Deutschland erst zur Ruhe kommen, wenn die Kirche vom Staate befreit völlig selbständig ihr Leben führen kann. Ich würde es darum viel richtiger finden, wenn wir Protestanten für unsere Kirche dieselbe Freiheit erziehen, wie sie die katholische Kirche besitzt. Wir würden dann härter werden, als wir es sind.“

Da Herr Stöcker ja bei manchen Frauen noch etwas gut vergleichen diese vielleicht einmal das sozialdemokratische Programm mit Stöckers Wunsch.

Freisinnige Theorie und Praxis. Die Freisinnige Vereinigung veröffentlicht ihren Wahlanruf. Darin heißt es u. a.:

Freier erheben wir: Gleichberechtigung der Arbeitnehmer mit den Arbeitgeber, Durchführung und Sicherung der Kooperationsfreiheit, energische Fortführung der Sozialreform.

Wenn es mit der praktischen Durchführung aller Programmpunkte der Freisinnigen Vereinigung so aussieht, wie mit der Durchführung und Sicherung der Kooperationsfreiheit durch den Herrlichen Reichstagswahlkampf in

Bremen, so dürfte nicht allzuviel davon übrig bleiben. Herr Frese, Mitglied der Freisinnigen Vereinigung im Reichstags, ist mitverantwortlich für die Entziehung des Kooperationsrechts, welche der Bloß gegenüber seinen Arbeitern verübt hat.

Reichstags-Wahlkampf.

Minister Müller hat dem Gewerbe-Aufsichtsbeamten in Minden zu erkennen gegeben, daß er eine politische Kandidatur von Gewerbe-Aufsichtsbeamten nicht wünscht. Gewerbe-Rat Siebert aus Breslau wird also in Erfurt-Schleusingen nicht kandidieren dürfen.

Als polnischer Jährling für Berlin und Umgebung wurde Rechtsanwalt Chazanowski-Polen aufgestellt. Die polnische Reichstagsfraktion wurde in der Versammlung auf das beifügliche angegriffen. Für die Stichwahlen gab man folgende Parole aus: „**Immer den schärfsten Gegner der Regierung bei Stichwahlen zwischen Konserverativen und Kandidaten der Linken haben die Polen gegen den Konserverativen, bei Stichwahlen zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten für die Arbeiterpartei zu stimmen.**“

Der freisinnige Kandidat für den zweiten Berliner Reichstagswahlkreis, Lic. Gräbner, ist auf der Kanzel von einem seltsamen Schlaganfall getroffen worden und hat deshalb, trotzdem er sich inzwischen wieder erholt hat, seine Kandidatur zurückgezogen. An seiner Stelle wird, dem „D. L.“ zufolge, der Landtagsabgeordnete Kreiting als freisinniger Kandidat aufgestellt.

Ausland.

Insolvenzaktion im österreichischen Abgeordnetenhause. Die sozialdemokratische Fraktion im österreichischen Abgeordnetenhause beschloß, gegen die Zölle auf Agrarprodukte, die im neuen Zolltarif eine Erhöhung bis zu 20 Prozent erfahren haben, mit allen Mitteln zu opponieren.

Die widerspenstigen Mönche in Frankreich. Das Zuchtpolizeigericht in Nancy hat sieben Kapuziner, die dem Aufhebungsbefehl nicht Folge geleistet haben, zu Geldstrafen verurteilt. Als die Kapuziner das Gerichtsgebäude verließen, wurden sie von einer großen Menschenmenge empfangen und ins Kloster zurückgeleitet.

Vor dem Kapuzinerkloster in Marseille kam es zwischen den Anhängern der Kapuziner, welche das Kloster bewachen, und den Gegnern derselben zu Zusammenstößen.

Neue Unruhen in China im Sinne? Nach Meldungen, welche der „Kin-Volksztg.“ aus Schanghai zugehen, gewinnt in der Provinz Kiangnan eine neue Bewegung anläßlich der Bevölkerungsgewinnung dieser Stelle an, darunter zahlreiche militärische, sowie Unterbeamte der Tribunale. Der Gewährungsmann des Blattes versichert, es sei ein umfangreicher Massenaufruf zu erwarten.

Ueber neue Kämpfe im Somaliland berichtet „Reute & Brunen“ aus Bosette: Zwischen der Kolonne unter Major Gough und Drogen des Mullah hat bei Danor, südwestlich von Sokale, ein Gefecht stattgefunden. Der Verlust auf Seiten der Engländer beträgt 13 Tote, darunter 2 Offiziere; außerdem wurden 4 Offiziere verwundet. Der Feind hatte 200 Tote.

Partei-Angelegenheiten.

Eine neue Wahlschrift ist jedoch vom Verlag der „Vereinigung der Arbeiter“ herausgegeben. Der fagen ist ein Arbeiter-Katechismus erschienen, der von zwei hiesigen bekannten Zeitungen herausgegeben ist. Er ist für praktische Arbeiter bestimmt und erläutert in Fragen und Antworten die Rechte und Pflichten des Arbeiters im Staat und in der Gesellschaft vom Standpunkt des Zentrums. Gegen die in diesem Schrifte enthaltenen Anschauungen über Rechte und Pflichten des Arbeiters und gegen die in den Antworten enthaltenen Herabsetzungen und Verleumdungen der sozialdemokratischen Partei wendet sich der Verleger in der Vorrede des Buches, der er den Titel „**Christliche Arbeiterpflichten. Jesuitische Fragen und sozialdemokratische Antworten**“ gegeben hat. In Frage und Antwort hat der Verleger auch seine Widerlegung geliefert. In den einzelnen Abschnitten: Das Ziel des Arbeiters. — Von der Religion. — Von der Familie des Arbeiters. — Arbeiter und Arbeitgeber. — Von Arbeiter-Vereinen. — Der Arbeiter als Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft und die jehuischen Fragen und die Antworten des Zentrums vom sozialdemokratischen Standpunkte aus in allgemein verständlicher Weise beleuchtet. Der Schrift wird sich in katholischen Kreisen vorzüglich zur Sublimation eignen. Der Einzelpreis beträgt 20 Pf. (Brosch. 3 Pf.); die zur Agitation bestimmte Ausgabe, die nur an Wandlungen, Wahlvereine, Versammlungen etc. etc., nicht aber an Buchhändler oder Kolportageverleiher wird, kostet: 500 Exemplare 20 Mk., 1000 Exemplare 30 Mk., 5000 Exemplare 125 Mk.

Protestant. Auf Grund des § 175 St.-G.-B. ist gegen den Redakteur Brand und den Verleger Spohr Klage erhoben worden. Es handelt sich um einen in der Monatschrift „Der Gemein“, deren Herausgeber bestrafungswürdig wurde, enthaltenen Artikel, der den § 175 betraf. In dem Artikel findet die Behörde einen Verstoß gegen die guten Sitten.

Die Anrechnung mit Petrol. Der „Bad. Volksztg.“ wird nachträglich eine glänzende Polyanalyse gebracht: „In 2. wollen die Sozialdemokraten in jeder eine Demonstration in Stadtzentren abhalten. Die Anrechnung hierzu war rechtzeitig erfolgt. Der Parteivorstand und die Mitglieder hatten sich gut vorbereitet. Als man nun zu Beginn der Demonstration die Petrolampfen im Saale zu sehen und gelöst anzusehen wollte, äußerte der anwesende Polizeibeamte dies für unzulässig, weil die Demonstration nicht mit Petrolampfen beleuchtet werden dürfe. Er konnte im Anfang des Bürgermeisters und wurde jeden verhaften, der Miene machte, die Lampen anzuzünden. Alle Demonstrationen mußten abbrechen. Über die Wähler wußte ich zu helfen. Einige wurden teilweise vom nächsten Kaufmann befreit, unter der Anrechnung bezahlt und abgegeben. Unter großer Gefahr wurde die Demonstration, und der Redakteur wurde im Moment einer weiteren Sitzung entlassen. Man hatte die liberale Partei eine Demonstration angeordnet, auch bei Unterstützung der Bürgermeisters, die Partei darauf, daß die Demonstration der Bürgermeisters gar nicht ausgeführt werden sollte. Auf erhabener Behörde beim Zentrum hat dieser jetzt dem Bürgermeisters die Anrechnung für den Vorbehalt klar gemacht.“

Ein Brauerbrot ist von den Leipziger Sozialdemokraten verbannt worden. Die Leipziger Zeitung der Sozialdemokratie hatte den Brauerbrot-Kampf ein Ultimatum gestellt, entweder einen Entschluß auf die Bürger von Sozialdemokraten gefasst zu machen, daß die Partei für die Brauerbrot-Kampagne einseitig der Brauerbrot-Kampagne zustimmen, oder darauf verzichten, daß die Arbeiter für den Brauerbrot-Kampf nicht eintreten, wurde beschlossen, daß die Partei von jetzt Brauerbrot zu boykottieren.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 23. April.

Der „Vote“ aus dem Riesengebirge und die **Recherche im Riesenthal.** Nach einem Wachen wird der „Vote“ zu Gericht sitzen, so unerschütterlich das für

uns auch bezeichnet werden muß. Unsere Leser erinnern sich, daß wir dem „Vote“ vor einigen Wochen an der Hand authentischen Quellenmaterials nachgewiesen haben, daß in Schlesien Weberlöhne von 2—7 Mark pro Woche gezahlt werden. Der freisinnige „Vote“ bestritt das wiederholt. Einer Aufforderung, in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung zu Hirschberg seinen Standpunkt in dieser Sache gegenüber dem Genossen Löbe zu vertreten, wich er mit einer leeren Ausrede in weitem Bogen aus. Die von etwa 400 Personen besuchte öffentliche Gewerkschaftsversammlung in Hirschberg nahm nach einem Referat Löbe eine Resolution an, in der die Angaben des „Vote“ in den Reichstagsüber die Weberlöhne für durchaus richtig anerkannt wurden. Wohlgerührt! Dieser Versammlung wohnten eine ganze Anzahl Weber bei, welche mit Löhnen von 2—7 Mk. pro Woche in der Zillertal-Erbmannsdorfer Fabrik abgepeist worden sind und der Resolution zustimmten. Der „Vote“ hatte die Stirn, auch jetzt noch zu bestritten.

Nun hat er sich aber in diesen Tagen selbst hineingelegt. Der „Vote“ ist überführt. Am vorigen Freitag brachten wir in unserem Blatte unter der Spitzmarke: „**Schlesisches Weberelend**“ einen Prozej, dessen Verlauf wir nach den eigenen Angaben des „Vote“ schilderten. Die Eheleute waren aus Not zu Brandstiftern geworden und wurde deshalb der Ehemann zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt, die Ehefrau freigesprochen. Der „Vote“ schrieb u. a.:

Ein Stück des traurigsten sozialen Weberelends in Schlesien ist es, nach den Ausführungen des Verteidigers, das die Verhandlung vor dem Schwurgericht in Hirschberg, an der übrigens Gehart Hauptmann als Geschworener teilnahm, entlockte. Zwei arbeitssame Leute kommen trotz all ihrer angewendeten Mühe und Arbeit zurück, bis sie vor dem Ruin stehen und der Mann zum Verbrecher wird. Wenn man allerdings bedenkt, daß die beiden Eheleute in gemeinsamer Arbeit wöchentlich zusammen 4—5 Mark verdienen, so wird man den allmählichen wirtschaftlichen Untergang der Unglücklichen erklärlich finden.

Mit dieser vom „Vote“ selbst bescheinigten Feststellung über die Weberlöhne dürfte in den Augen aller klar Denkenden über die Qualität dieses sich freisinnig nennenden Blattes das Urteil endgültig gesprochen sein.

* Die Breslauer Konservativen in Räten.

Recht schmerzvoll berührt uns eigentlich die Tatsache, daß die hiesigen Konservativen keinen geeigneten Durchfallskandidaten für Breslau-Ost finden können. Die bisher Ausgewählten scheinen derartig mit Arbeiten überlastet zu sein, daß sie die Interessen des Volkes nicht so wahrnehmen können, wie sie es wohl gerne möchten. Der Handelskammersekretär Dr. Baeschke hat aus dem erwähnten Grunde ablehnen müssen und nun hören wir noch, daß auch die dem Herrn Oberpräsidenten Fürsten von Haffelbdt angebotene Reichstagskandidatur seitens dieses Herrn, mit Rücksicht auf seine dienstliche Inanspruchnahme abgelehnt worden ist. In diesen Tagen soll sich nun abermals der Wahlauschuß mit der Kandidatenfrage befassen. Vielleicht stellt man doch noch in ernsthafte Erwägung, ob nicht aus der stattlichen Reihe der verflochtenen Kaiserdeputierten ein geeigneter Kandidat zu erwählen ist. Der Vorarbeiter Klammert erscheint uns, nach der „Bresl. Ztg.“, als Kandidat und — man kann's ja nicht wissen, als Abgeordneter — für durchaus geeignet. Oder sollten die bekannten Kaiserworte auf die „Stützen von Thron und Altar“ gar keine Wirkung mehr haben?

* Wahlvorbereitungen.

Im Wahlkreise Liegnitz-Goldberg-Gagnau sind die Vertrauensmänner des Zentrums, wie berichtet wird, übereingekommen, diesmal für die Reichstagswahl keinen besonderen Zählkandidaten aufzustellen, sondern den Anhängern der Zentrumspartei im Wahlkreise zu empfehlen, gleich bei der Hauptwahl für den konservativen Kandidaten zu stimmen.

Der liberale Wahlverein für den Wahlkreis Waldenburg hat in seiner abgehaltenen Sitzung einstimmig beschlossen, den Buchdruckereibesitzer Hausbold in Gottsburg, der auf dem Boden der freisinnigen Volkspartei steht, als Kandidaten für die Reichstagswahlen aufzustellen. Von sozialdemokratischer Seite ist der jehige Vertreter Bergmann Hermann Sachse in Bochum und von konservativ-bündlerischer Seite der Pleßsche Generaldirektor Ritter aufgestellt worden.

Der Bund der Landwirte und die Konservativen im Kreise Glogau beabsichtigen als Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl den Kreisvorsitzenden des Bundes der Landwirte, Rittergutsbesitzer Quehl-Gustau aufzustellen.

Die „Posener Neuesten Nachrichten“ melden: Die deutschen Parteien Posens schlossen ein Wahlkompromiß und stellten als Kandidaten für den Reichstag den Archivrat Brümmer auf. Für den Landtag bleibt Kändler, freisinnig-deutscher Kandidat.

* Die Stadtverordneten-Versammlung am 30. April

weist unter anderem folgende Vorlagen auf: Mehrkosten der Schweinemarkthalle, Beamten-Witwen- und Wittenselder, Vertrag mit der Frankfurter Güterbahn, betreffend Barzeller Austausch in Bopelwitz, Erneuerung der Wasserleitung am Stadthause, Zusatz zur Verwaltungsordnung für das Kunstgewerbemuseum, Erstattung von Straßenanlagelosen, Instandsetzungen an der Liebigshöhe, Stützverpflichtungen, Uebernahme des Eisenbahner-Kellers, Nachtrag zum Gemeindebeschluß betr. Schlachthofvertrag betr. Zeitungskiosk am Schweidnitzer-Stadigraben, Entsendung einer Kommission zum Studium von Feuerwagen und Marjällen, Ausschussgutachten betr. Umbau am Stadttheater, Vertrag mit dem Eisenbahnklub wegen Barzellenaustausch, Festschließung des Gehalts einer Stadtratsstelle, Zeitung der Unterprima des Johannes-Gymnasiums, Erwerb einer Fläche auf der Neuen Sandstraße, Stütz der verschiedenen Stiftungen, Hospitaler etc., Wahlen in päpstliche Ehrenämter.

Es findet vorher die Einführung und Verpflichtung des Kammerers Keller statt.

* Eine polizeiliche Hausdurchsuchung in einer polnischen Redaktion. Aus Rattowitz, 26. April, wird

berichtet: Gestern Vormittag wurde durch den Grenzkommissar Mähler und den Polizei-Inspektor Weisheit in der Redaktion des großpolnischen „Gornoslazak“ eine Hausdurchsuchung gehalten, bei der es sich, wie das genannte Blatt selbst mitteilt, um die Beschlagnahme von in Preußen verbotenen allpolnischen Blättern handelte. Die Hausdurchsuchung blieb infolge erfolglos, als nur einzelne Exemplare des „Przeglad waszechpolaki“ („Allpolnische Rundschau“), der „Teka“ („Briefmappe“) und des „Polak“ („Der Pole“) vorgefunden wurden, die die Redaktion im Austausch gegen den „Gornoslazak“ bezieht, während es sich hier darum handelte, einen größeren Posten der genannten Blätter zu eruiieren, den der in Myslowitz verhaftete Pole Popowski über die Grenze herübergeschmuggelt haben soll.

*** Zur Verhaftung des Lehrers Popowski** meldet jetzt die „Schlesische Zeitung“ anscheinend offiziös:

„Vor einigen Tagen berichteten wir über die Festnahme des russischen Lehrers Dipolitt Popowski aus Kaminiek in Puffisch-Polen, welcher angeblich aus Krakau kommend, dort von einem „Unbekannten“ eine Menge Druckschriften erhalten haben wollte, die er wiederum einem „Unbekannten“ auf dem Bahnhof in Radowitz abgeben sollte. Wie nun feststeht, handelt es sich nicht, wie andere Blätter berichteten, um die Einführung in Deutschland verbotener sozialistischer Schriften, sondern um solche nationalpolnischer Tendenz, wie „Polak“, „Przeglad Waszechpolaki“ und „Teka“, die in größeren Mengen eingeführt wurden. Popowski befindet sich, da er Ausländer ist, in gerichtlicher Haft.“

Unsere Beurteilung des Falles wird dadurch nicht berührt.

*** Die Furcht vor dem Gewerkschaftshaus** war, welche die königl. Eisenbahnbetriebswerkstätte (Oder- und Oderhavel) veranlasste, einem ihrer Angestellten, Herrn Göde zu verbieten, in einer Mitgliederversammlung des Holzarbeiterverbandes einen Vortrag über das Thema: Die Anatomie des Menschen zu halten. Durch dieses Verbot ist Herr Göde glücklich der Gefahr entronnen, daß das Gewerkschaftshaus vielleicht auf ihn rot abfärben könnte.

*** Der „Breslauer Buchdrucker-Gehilfen-Verein“** bewilligte zum 1. Mai allen konditionslosen Mitgliedern (hiesigen wie durchreisenden) eine Extra-Unterstützung von je 1 Mark.

*** Zur freien Arztwahl.** Folgendes Eingekandt geht uns zu unserem gestrigen Versammlungsbericht zu:

„Polnische Rückständigkeit war das Merkzeichen der Versammlung, die sich am vergangenen Sonntag mit der Erziehung der Doktoranten zur freien Arztwahl beschäftigte. Einberufen, um eine Aussprache der Kassenvorstände mit den Ärzten herbeizuführen, war sie in Wirklichkeit nur eine solche des Vorstandes der Kassendirektion mit den Ärzten. Da es dem Untergerichteten, wie noch mehreren Vorständen, nicht möglich war, zu Worte zu kommen, will ich das Verstummen, um mich nicht zum Misshandeln an dieser „unseligen Wahrnehmung von Standesinteressen“ zu machen, hier nachholen. Was haben die Ärzte getan, daß sie die schweren Vorwürfe der „einstufigen Wahrnehmung ihrer Interessen“, „Gegner des sozialen Fortschritts“ und „Ausbeuter“ (im Original der Resolution „Ausbeuter“) erhielten? Sie sind sich ihrer Lage bewußt geworden, haben sich zu einem Verbande zusammengelassen und erstreben nun mit Nachdruck die Besserstellung ihrer Lage, durch die Ababnung eines korporativen Arbeitsvertrages mit ihren Arbeitgeber. Das ist eine Forderung, die jeden Freund der Arbeiterbewegung mit Freuden erfüllen müßte. Daß die Besserstellung des einen Teiles nun eine Verdrängung des andern Teiles zur Folge haben muß, ist so selbstverständlich, daß es auch dem Nichtstündigsten einleuchten sollte. Es fragt sich nur, ob der andere Teil mitspielt, diese Mehrbelastung zu tragen. Ist er es nicht, so ist dies noch lange kein Grund, die Forderungen als unberechtigt hinzustellen und von einseitiger Wahrnehmung von Standesinteressen zu sprechen. Daß eine Anzahl kleiner Kassen durch die Erfüllung der Forderung der Ärzte zu Grunde gehen würde, ist also auch kein Grund, für die Nichtberechnung dieser Forderungen, sondern nur dafür, daß sich diese kleinen Kassen generalisieren und zu Verbänden zusammenschließen müssen, damit sie gemeinsam das zu Wege bringen, wozu sie einzeln zu schwach sind. So ist es im allgemeinen, so ist es auch hier. Kann heute eine Arbeiterkategorie bei Aufstellung von Forderungen darauf bestehen, ob vieleicht eine Anzahl kleinerer Kassen bei der Erfüllung ihrer Forderung der Konkurrenz erliegt? Jeder von uns wird diese Frage verneinen. Uebrigens involviert doch die Forderung der Ärzte nicht nur eine — sagen wir einmal — „Kohnehöhnung“, denn es wurde von seiten der Ärzte mehrmals erklärt, daß sie ihre Forderungen den Verhältnissen der in Frage kommenden Kassen anpassen wollen, sondern doch hauptsächlich das Verlangen des „Rechts auf Arbeit“. Nicht nur ein kleiner Teil Vorzugter soll das Recht auf Erwerb von Ertragsmitteln haben, sondern die Gesamtheit, wie dies, auch durch die Forderung der Arbeiterschaft, „Erziehung paritätischer Arbeitsnachweise“, erreicht wird. Und kann es einen besseren Standpunkt geben, als den, daß sich der Arbeiter denjenigen Arzt, zu dem er das Vertrauen hat, selbst wählt? Die Arbeiterschaft fordert das schon seit Jahren, leider vergeblich, bei allen öffentlichen Körperchaften. Nun ist es ja ganz richtig, daß durch die Einführung der allgemeinen Versicherungspflicht den Ärzten viel eher geholfen würde, als durch dieses „Kollativmittel“, aber wieder sich eine Arbeiterorganisation mit ihrer Forderung auf Kohnehöhnung oder Arbeitszeitverkürzung auf die gesetzliche Festlegung des Lohnminimums und der Arbeitszeit verdrängen lassen? Gewiß nicht, das sicherste Mittel ist die Selbsthilfe. Es ist ganz zweifellos, daß sich die Frage der freien Arztwahl nicht von heute zu morgen regeln läßt, ebenso klar ist aber, daß ein Anfang gemacht werden muß. Jedenfalls hat der Entwurf dieser Versammlung die Interessen seiner Klasse als Vorstand zu vertreten versucht, niemals aber die idealen Interessen der Arbeiterschaft. Hätte er der Versammlung die Forderung der Ärzte mitgeteilt und der Versammlung anempfohlen, Mittel und Wege zu finden, um dieser gemäß nicht nachschenden Forderung gerecht zu werden, vielleicht eine Kommission (Schiedsgericht) zu wählen, welche die weiteren Schritte zur Bewirkung dieser Forderung unternehmen soll, so hätte er sich ein Verdienst erworben und die Frage wäre gelöst worden. So aber hätte der ganze Verlauf der Versammlung den Anschein der Ausübung der Perrenmoral gegenüber dem wirtschaftlich Schwachen (hier die Ärzte). Beweis: Die ganz undemokratische Forderung, ein Schiedsgericht von 5 Kassenmitgliedern und 4 Ärzten zu wählen. Nun noch zum Schluß: Schreiber dieses hat für die Resolution gestimmt, um die Versammlung nicht ganz resultatlos auseinandergehen zu sehen, und das Gute (das Schiedsgericht) nicht um dem Schlechten zu verwerfen, verwarf sich aber gegen den ersten Teil derselben, wie wohl ein großer Teil der Anwesenden. Daher die Wehrheit. Der Zeitung möchte ich empfehlen, eine zweite Versammlung einzuberufen und darin die Kassentassen- und Gewerkschafts-Vorstände und Mitglieder zu Worte kommen zu lassen, um ein genaues Bild der Stimmung über diese gewiß nicht unwichtige Frage zu haben.

Hermann Haertel,
Vorstand der Buchdrucker-Gehilfen-Vereins.

Wir geben dieser Zuschrift in unserem Blatte Raum, da wir in den letzten Tagen gleichlautende Klagen von vielen Teilnehmern der betreffenden Versammlung hörten. Wir glauben kaum, daß die Benachteiligten sich ohne eine neue Versammlung zufrieden geben werden.

*** In der öffentlichen Frauenversammlung am letzten Sonntag** hielt, wie wir bereits kurz berichteten, die Genossin Frau Emma Herz-Berlin einen Vortrag über das Thema: „Die Frauen und die Reichstagswahlen.“ Die Referentin führte ungefähr folgendes aus: Weit den politischen Rechten der Frau steht es überall recht traurig aus. Die kleinen Zugeständnisse, welche man hier und da gemacht hat, genügen in keiner Weise. Minister v. Hammerstein hat über die politischen Rechte, welche diesen Frauen anstehen, schon des öfteren recht merkwürdige Ansichten geäußert. Erst vor einiger Zeit hat er sich herbeigelassen, daß die Beschränkungen, welche das Vereinsgesetz hinsichtlich der Frauen enthält, insofern gemildert werden, daß es den Frauen in Preußen in Zukunft gestattet ist, politischen Versammlungen beizuwohnen, wenn sie sich in einem abgegrenzten Raum (sogenanntem Segment) aufhalten. Die Frauen dürften sich aber an einer etwaigen Debatte nicht beteiligen. Tadelhaft ist übrigens, daß die Frauen, welche der letzten Generalversammlung beigewohnt haben, es nicht nötig hatten, sich in einem abgeschlossenen Räume aufzuhalten. Nur in Zeiten der Wahlen ist es den Frauen gestattet, sich an den politischen Wahlen insofern zu beteiligen, als es ihnen gestattet ist, Wahlkreise zu bilden und in der einen oder anderen Weise auf die Gestaltung der Wahlen einzuwirken, indem der § 8 des preussischen Vereinsgesetzes für diese Zeit durch den § 21 des Reichsgesetzes aufgehoben ist. Das sind die ganzen politischen Rechte, welche die Frauen durch die Gesetzgebung genießen. Die Frauen stehen aber auch hinter dem Mann zurück, sie verlangen mehr politische Rechte. Die Konservativen, Nationalliberalen, Zentrum usw. sind für eine des freien Wahlrechts und Vereinigungsrechtes, welches die Frauen für sich erstreben. Bei den verschiedensten Anlässen hat sich das gezeigt. Nebenher kommt dann auf den Zoll- und Wotruher zu sprechen und führt dazu aus: Die Frauen sind auf das lebhafteste daran interessiert, ob und welche Zustände für das Familienleben durch den Zolltarif hervorgerufen werden. Wenn der Zolltarif durch die Handelsverträge sanftmütiger wird, wird sich die Brotvermehrung allein auf 102,50 pro Familie belaufen und zwar für 1/3 der Bevölkerung mit einem Einkommen von 900 Mt. Professor Flügel hat ausgerechnet, daß, wenn eine 5köpfige Familie nur die Doppelration eines Soldaten täglich gebraucht, 3-4 Mt. erforderlich sind. Die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung hat aber nur ein solches Einkommen. Wenn man durch hohe Zölle die Lebenshaltung der Arbeiterfamilie verteuert, dann müssen auch entsprechend höhere Löhne gezahlt werden. Niemandspürt man aber etwas davon. Das Reich bezw. der Staat ist deshalb verpflichtet, falls er derartige hohe Steuern für angebracht hält, ein bestimmtes auskömmliches Einkommen zu garantieren. (Bravo!) An der Vereinfachung dieser Zustände haben die Frauen ein uniges Interesse. Das Zentrum hat durch Ermögen bei der Beratung des Zolltarifs im Reichstage einen Antrag zur Annahme gebracht, wonach eine Witwen- und Waisenversicherung eingeführt werden soll. Danach sollen Witwen 80 Mt., Waisen 30 Mt. pro Jahr erhalten. (Gelächter.) Das ist der Gegenwert dafür, daß der Zolltarif den Arbeitern jährlich kosten soll. Eine lächerlich geringe Summe, die, verglichen mit dem, was der Zolltarif jährlich fordert, eine hohe ist. Es ist übrigens ausgerechnet worden, daß diese Witwen- und Waisenversicherung auf 23 Mt. herunterfallen wird. Das Zentrum ist es vor allem, welches Bildung und Wissen von den Frauen fernhält. Man denke nur an den Hochschulrat, der das Regiment über die Schulen in Trier an sich zu ziehen begann und demgegenüber Bülow nur eine schwächliche Haltung angenommen hat. Es ist ferner an die Wahlrechtsbeschränkungen zu erinnern, die von den Konservativen und den veranordneten Gruppen mehr oder weniger laut gefordert werden. Ein großer Teil der indirekten Steuern wird für unfruchtbare Aufgaben, wie ein Militarismus, aufgewendet, während ein anderer Teil den Agrariern in Gestalt von Liebesgaben in die Tasche fließt. Die Reichsstände sind immer höher. Allen im Jahre 1903 hat 92 Mill. Mark Zinsen für die Reichsschuld zu zahlen. Der jährliche Anleihebedarf beträgt 220 Millionen. Wenn ein Geschäftsmann so mit seinem Geide wirtschaftet wie das Reich, dann würde man das mit Recht für unrettbar und noch viel schlimmer halten. Das Reich aber darf sich das erlauben auf Kosten der Steuerzahler. Wenn eine Einkommen- und Vermögenssteuer eingeführt würde, würde der Bewilligungseifer wohl etwas nachlassen. Die Konservativen sagen, wenn der 750 Mt.-Zoll nicht durchginge, würden sie sich mit den Sozialdemokraten verbinden (schallendes Gelächter) und Thronen tragen (Gelächter). Viele Handwerker und kleine Kaufleute haben von der Mittelstandsretter der reaktionären Parteien genug bekommen. Daß in all den beregten Fragen nur die Sozialdemokratie die gerechten Interessen des Volkes vertritt, erhebt aus deren Tätigkeit in den parlamentarischen Körperchaften. Selbst ein Bischof hat unumwunden anerkannt, daß keine Sozialreform vorhanden wäre, wenn nicht die Sozialdemokratie auf dem Plage gewesen sei. Die Sozialdemokratie repräsentiert das öffentliche Gewissen. Sie hat stets mit allem Freimuth und aller Energie die Schäden bloßgelegt und muß deshalb auch als die wahre Volksvertretung bezeichnet werden. Ihr Grundsatz ist: Als dem Volke für das Volk. Die Frauen können zwar nicht an die Wahlrechte treten, aber die Sache der Männer unterstützen, indem sie für Pulver, d. h. Geld zur Führung des Wahlkampfes sorgen. Eine gründliche Sozialreform, der Ausbau des Wahlrechts, Vereinigungsrecht für die Männer sowohl als auch die Frauen wird nur eintreten, wenn die Sozialdemokratie stetig wächst. Es ist daher Pflicht der Männer und Frauen, mit allen Kräften an der Erreichung dieser Aufgaben und Ziele zu arbeiten. (Wudholzer stürmischer Beifall.)

In der darauffolgenden Debatte richtet Genossin Schwedler einen Appell an die anwesenden Schiffer und deren Frauen, die Worte der Referentin zu beherzigen und tätigen Anteil an den Wahlen zu nehmen. Genossin Kadlof unterzieht die mittelalterlichen Gesandtenordnungen, die bürgerliche Frauenbewegung und die gegnerische Presse, insbesondere die Generalanleger-Presse mit ihrer Unkenntnis und Nechthabschreibern einer scharfen Kritik. Er fordert die Frauen zum Eintritt in die gewerkschaftlichen Organisationen auf und überall da, wo es möglich ist, den politischen Organisationen anzuschließen. Auch diese beiden Reden wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Folgende Resolution gelangte dann zur einstimmigen Annahme:

„Die heute am 26. April im Gewerkschaftshaus tagende öffentliche Frauenversammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referentin vollständig einverstanden und verpflichtet mit allen Kräften für die Erweiterung der Frauenrechte im Reich, Staat und Gemeinde Sorge zu tragen. Desgleichen verpflichtet die Versammlung, an den kommenden Reichstagswahlen lebhaften Anteil zu nehmen, und zwar dergestalt, daß nur Männer gewählt werden, die auch die Interessen der Arbeiterbevölkerung wirklich vertreten, nämlich für die Kandidaten der Sozialdemokratie.“

*** Die Bezirksführer-Versammlung**, welche gestern Abend im „Gewerkschaftshaus“ tagte, war Gegenstand lebhafter Erörterungen über die einzelnen Aufgaben der Bezirksführer. Durch gegenseitige Aussprache wurden die selbstständlich noch vorhandenen Schwierigkeiten geklärt. Den Bezirksführern wurde am Schluß aus Herz gelegt, sich innerhalb der nächsten 14 Tage in ihren Bezirken die nötigen Mitgliederverteiler zu besorgen.

*** Durch das Hochwasser** wurden am 25. d. Mts. mehrere Leichen angeschwemmt. Unter der Weidestraße wurde die Leiche eines etwa 35 bis 40 Jahre alten Mannes gefunden; derselbe hat hellgelbes Haar und trägt dunkle Jackenanzug, schwarzweiß gestrichenes Hemd, braune Socken und Gamaschen. In einer Tasche befanden sich zwei Besuchskarten mit dem Namen Richard Lescher. Bei der Wässerung wurde die Leiche eines Mannes aus der Obergegend, von unterster Figur, etwa 40 Jahre alt, bekleidet mit braunen Hosen, schwarzer Weste, schwarzem Jackett, grauwollenen Strümpfen, rotweiß gestricktem Hemd und mit dem Buchstaben R. gezeichneten Unterhosen. Die linke Hand war verbunden. In der Nähe der Hundsfelder Brücke wurde ferner die Leiche eines Mannes im Alter von 30 bis 35 Jahren aus der Obergegend, diese war mit schwarzem Jackettanzug, gestrickter Unterjacke, Leibriemen und S. Wiefelau bekleidet. Bei der Ermittlung der Entfallenen Angaben machen kann, wird ersucht, sich im Zimmer 60 des Polizeipräsidiums zu melden.

*** Unglücksfälle.** In der Nacht vom 27. d. Mts. verunglückte ein Kellner von der Schupbrücke gelegentlich einer Stadtpartie durch einen Sturz und trug einen Schlüsselbruch davon. Er wurde im St. Georgs-Frankenhaus unversehrt. — Einem Kaufmann fiel auf der Brückenstraße von dem Dach eines Hauses ein Biegel auf den Kopf, wodurch sie eine schwere Wunde erlitt.

*** Einem schrecklichen Selbstmordversuch** verfiel am 25. d. Mts. eine Frau, indem sie sich mit Hilfe eines Beiles ein Messer in die Stirn schlug. Ein Polizeibeamter sah das Messer aus dem Stitzenloch, worauf die Frau der Klinik an der Tiergartenstraße zugeführt wurde. — Am 25. d. Mts. Abends, stürzte sich eine Arbeiterin aus einem Fenster ihrer Wohnung Lange-gasse 60 in den Hof und erlitt einen Schädelbruch, sowie innere Verletzungen. Sie fand im Allerheiligen-Hospital Aufnahme.

*** Feuer.** Am 27. d. Mts., Mittags, wurde die Feuerweh nach Kohlenstraße 3 gerufen, wo in einer Kellernothung ein Strohlager, der an einem Ofen gelehnt hatte, in Brand geraten war. — Nachmittags wurde die Feuerweh nach Paradiesstraße 3 (Johanna-Gymnasium) gerufen, wo auf dem Flur vor den Bodenkammern Röhre und Koffer, die Bodenlaster, ein Holzverschlag und der Grabhoden auf unermittelte Weise in Brand geraten waren.

*** Feuer.** Am 27. d. Mts. Abends, gerieten in dem Dachgeschoss des Hauses Goldene Adegasse 24 einige Bodenverkläge, der Fußboden und die Türen in Brand. Auch verbrannten in den Kammern verwahrte Kleider und Mobiliar. Die Feuerweh ging mit einem Schlauchgang vor. Die Entschädigung des Brandes ist unermittelt.

*** Eine Brosche** ist in der letzten im Thalia-Theater stattgehabten Volks-Vorstellung verloren worden. Feuer wurde in der letzten Sonntag im Gewerkschaftshaus stattgehabten Landarbeiter-Versammlung ein Gut verwehelt. Es wird gebeten, Gut und Brosche in der „Volkswacht“ abzugeben. Der verwehelt Gut wird selbstverständlich zurückgeliefert.

*** Polizeifolge Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 25. und 26. d. Mts. 46 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein Aumband, eine schwarze Mapppe, ein Pincenez, ein Ring mit Similsteinen und ein Portemonnaie. — Abhandelt wurden: ein vernickeltes Pincenez, eine blaue Kellermütze, ein Glaserdiamant, ein Hundemantel, zwei Dazend Kämme, eine goldene Damenuhr und drei Portemonnaies mit 18,50 Mt., 21 Mt. und 60 Mt.

Trebnitz, 26. April. Noch zwei Opfer hat der Schneesturm in hiesigen Kreise gefordert. Der Freistellenbesitzer August Günther aus Ober-Wahlitz befand sich in Gesellschaft mit seinem Schwager, dem Kunstgärtner Sonnabend, in Trebnitz und hatte am Abend trotz dringenden Abtrates seiner Verwandten sich auf den Heimweg begeben. Bei dem fürchterlichen Unwetter kam er nur bis an die Wischauer Grenze, wo er von den Angehörigen erlösen aufgefunden wurde. Der so unerwartet ums Leben gekommene hinterläßt Frau und zwölf Kinder. — Aus Mielitz kommt die Kunde, daß der dort vermisste Dienstknecht Schwing ebenfalls als ein Opfer des Schneesturms tot aufgefunden worden ist. — Vermißt wird nun noch der 10jährige Schulknabe Berger aus Bürgen; ob auch er in den Schneewehen verunglückt ist, dürfte sich wohl bald herausstellen. — Auf der Chauffee Schmiedeburg-Karbitz, benachbarten Müllitzer Kreitz, hat der 42 Jahre alte Bahnarbeiter Ferdinand Algrer aus Karbitz, welcher auf dem Nachhausewege begriffen war, in dem Schneesturm seinen Tod gefunden.

Aus dem Fergelberge, 26. April. Unwetterfurchtbar. Das neue Unwetter, namentlich aber der orkanartige Sturm, hat, wie ein Fortmann berichtet, am Donnerstag Abend im ganzen Fergelberge und seinen Vorbergen großen Schaden durch Windbruch in den Wäldern angerichtet. Zum Teil schon starke Bäume wurden enturzelt oder meterhoch über der Wurzel umgebrochen. Dem Ortane folgte ein langes, heftiges Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen, sodas der Dues bald ufervoll war und auch an verschiedenen Stellen auslieferte. — Die Fergelberg-Vereins-Versammlung des Fergelberg-Vereins soll Sonntag, den 3. Mai, in Markfisch abgehalten werden.

Markfisch, 19. April. Eine öffentliche Versammlung des Wahlvereins fand hier statt. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom ersten Quartal. 2. Vortrag. 3. Vereinsangelegenheiten. Zum ersten Punkt erstattete der Kassierer den Bericht der Abrechnung, welcher von den Revidierenden für richtig befunden wurde. Der zweite Punkt „Vortrag über die bevorstehende Reichstagswahl“ fand wegen zu schwachen Besuches nicht statt und werden Genossen und Freunde hiermit aufgefordert, die nächsten Versammlungen recht zahlreich zu besuchen!

Im weiteren wurde hervorgehoben, daß wir neben der Agitation auch Dummition gebrauchen und werden freiwillige Beiträge vom Verein wie auch von den Genossen, welche Sammelisten haben, entgegenzunehmen. Es ist hiermit jedem, der auch dem Wahlverein noch fern steht, Gelegenheit geboten, sein Scherlein dazu beizutragen.

Unter Verschiedenem kam die Mailfeier zur Erörterung und wurde beschlossen, daß Freitag, den 1. Mai eine öffentliche Versammlung und bei günstigem Wetter Sonntag, den 3. Mai, ein gemeinsamer Ausflug mit Familie stattfindet.

Aus nähere wird noch bekannt gegeben.

Quittung.	
Für den Fonds zur Reichstagswahl gingen vom 21. bis 27. April ein:	
Bereichs quittiert.	739.08 Mt.
E. Seidel, B.	2.00
Y. 433 d. Grabowsky	0.65
L. 286 vom Tapezierer-Vertrauensabend d. Döring	8.60
B.	20.00
Dewitzer Hochzeit	0.65
Sonnabendfest in der Klingelbaude	0.50
L. 250 d. Dommeret	10.55
Section der Stelmacher d. Holzard-Verb.	30.00
Kolonne der Marten- und Phönixmühle	7.50
Buchwald, B.	2.00
Aus dem Reiche Bude durch J.	1.00
L. 285 durch Seidel	7.90
L. 268 durch H. Neugebauer	4.75
Section der Modellmacher durch Wittenberg	1.70
Versammlungsentree vom 24./4.	41.70
Organisierte Handschuhmacher durch Schneider	10.00
Hollis B.	3.50
R. Müller B.	6.40
Maschinenbau Kol.	1.05
Versammlungsentree durch Ehrlich	0.30
Opitz d. Gabor.	0.50
Rote Tapezierer.	0.75
Quartierverein d. r. Töpfer	10.00
Gesammelt d. Erwin Krause	3.00
Y. 262 d. Karl Nischke	7.15
Yous Cohn, I. Käte	5.00
L. 299 d. Wilde	15.50
L. 255 d. Beeger	4.80
L. 300 organisierte Maurer d. R. Nischke	21.50
Durch Bende.	3.00
Durch Neumann.	2.00
Ueberstufung einer Kranzpende für Gertrud von Metallarbeitern durch A.	8.00
L. 341 durch W. Kaiser	8.86
Reine 12000 Mt. des Industriellen Verbandes, sondern von Abhängern unterer Sache d. d. lateinisch. Gakw.	3.20
Dachdeckt Grabhof	0.50
Bei der Verbandsabrechnung der Schneider	1.00
W. K., Fühlent.	3.00
Von einer lust. Tafelrunde d. M. A.	4.00
W. K., Kaiser, B.	11.00
L. 277 durch Lieb. Kaiser	10.00
Organisierte Holzarbeiter, B. Hefle Breslau.	50.00

Gesamt 1073 59 Mt.

J. A.: Paul Deppner,
Hauptstr. 5/6 oder Rungelgasse 58/59.

